

n. Lauer, 2. Dezember. Die große Auffa-
ngsversammlung über „Enteignung und Be-
weissicherung“ hatte zum Teil unter dem Instanz
zu geben, daß sie 1 1/2 Stunden später eröffnet wurde,
als sie angelegt war. Trotzdem war der Saal sehr
gut besetzt. Der Hauptreferent aus Leipzig
führte eine verständlichere Sprache an, als Herr Kan-
d. der in der ersten Versammlung hier gesprochen
hatte. Trotzdem wurde klar, daß diese Herren von der
äußersten Linken die Verstaatlichung aller Pro-
duktionsmittel der großen wie der kleinen Betriebe er-
streben und auch den gesamten Grund und Boden zum
Volkseigentum erklären wollen. Nur über den Zeit-
punkt, wann das einzutreten habe, schwieg sich der
Hauptreferent aus. In der Aussprache wurde ein-
dringlich auf die Gefahren des Bolschewismus hin-
gewiesen und auch von Seiten der Bürgerchaft des
Erzgebirges Standpunkt im Interesse geüblicher Zusammen-
arbeit vertreten. Es ist anzuerkennen, daß der gestrige
Referent zur Klärung viel beigetragen hat, indem er
in ruhiger, sachlicher Art seine Ideen verfocht und
alles vermied, was vorgehend wirken sollte. Denn das
erste Erfordernis der Zeit ist ja verständige Arbeit
aller am Weiterbestand unserer Wirtschaft.

1. Schwarzenberg, 1. Dezember. Vor etwa 14 Tagen
hatte sich hier ein demokratischer Verein durch
Zusammenschluß der Nationalliberalen und
Freisinnigen gebildet, zu dessen vorläufigen 1.
Vorsitzenden Gymnasiallehrer Friedrich, früher
Pfarrer in Hirschau, gewählt wurde. Am Sonnabend
hielt der Verein im Ratskeller seine erste öffentliche
Versammlung ab, die außerordentlich stark besucht war.
Herr Friedrich hielt einen Vortrag über Deutsche
politische Parteien einst, jetzt und in Zukunft. Er
sprach über Ziele und Wirken der alten Parteien bis
zur Revolution, schilderte den gegenwärtigen Ausmarsch
der Parteien und entwickelte dann an der Hand der
von dem hiesigen Verein aufgestellten vorläufigen
Richtlinien das Wesen der neuen demokratischen
Partei. Er fand lebhaften Beifall. Sodann legte er
zwei Resolutionen vor, die einstimmig Annahme
fanden. In einem Schlusswort betonte der Redner, wie
oft die Lösung aller deutschen Männer und Frauen
ein müßig „Nicht verzweifeln, sondern beruflich ar-
beiten und außerberuflich politisch“, auch durch festen
politischen Anschluß an die Parteien.“ — In der
ersten der erwähnten beiden Resolutionen wird ener-
gisch gegen die brutalen Waffenstillstandsbedingungen
unserer Feinde protestiert, die Unterstützung der jetzigen
Vollregierung zugesichert und baldigste Einberu-
fung der Nationalversammlung gefordert. — In der
zweiten (Richtlinien) wird u. a. gefordert: 1. Sicher-
heit der Person und Aufrechterhaltung der öffentlichen
Ordnung, 2. Sicherung der allgemeinen Volksernährung,
3. Schaffung von Arbeitsgelegenheit für alle Beschäf-
tigten, 4. Möglichkeit baldiger Friedensschluß.

Beamtenvereinigung für Aue und Umgebung.

Die am 24. November in Aue für den amts-
hauptmannschaftlichen Bezirk Schwarzenberg gegründete
Beamtenvereinigung für Aue und Umgebung, die zu
ihren Mitgliedern die im Reichs-, Staats- und Ge-
meindebediensteten Beamten, Beamtinnen, Ar-
beiter und Arbeiterinnen zählt, ferner Geistliche und
Lehrer, und deren Zweck die Sicherung der Existenz so-
wie die Wahrung der Interessen dieser Berufsstände ist,
hatte für gestern Nachmittag 3 Uhr eine Versammlung
nach dem „Erzgebirgischen Hof“ einberufen, die unter
Leitung des Herrn Telegraphensekretärs Berger
stand und von Aue wie den anderen Bezirksortschaften
sehr gut besucht war. Nachdem Herr Berger die An-
wesenden herzlich begrüßt hatte, eröffnete er mit einem
Uebersicht über die gegenwärtige politische Lage eine
allgemeine Aussprache.

In ihr wurde das Programm der Beamten- und
Arbeitervereine im Industriebezirk Chemnitz zur Kennt-
nis genommen, in dem besonders betont wird, daß alle,
vom geringsten bis zum höchsten Mitbürger, nach Kräf-
ten mitarbeiten müssen, um das neue Haus, das sich
unser Volk nach dem Zusammenbruch des alten bauen
muss, wohnlich zu gestalten. Den Beamten liegt dabei
eine verantwortungsvolle Aufgabe ob, getreu ihrer
Vergangenheit ihre Pflicht auch weiter zu tun. So
gilt aber auch, den Pflichten gegen sich selbst und der
Familie zu genügen. Das Programm gliedert in den
nachstehenden Forderungen, die der Staats- und Reichs-
leitung überliefert worden sind:

1. Wir sind bereit zu reiblicher Mitarbeit und wer-
den alles tun, was zur Aufrechterhaltung der Ruhe
und Ordnung und zur glatten Abwicklung des Be-
triebes dient.
2. Es sind unbedingte Wahlen für den Volksrat
und für die Nationalversammlung vorzunehmen.
3. Aus Anlaß der Neuordnung der Regierung dür-
fen keine Beamten ohne ihren Willen aus ihren Stel-
len entfernt oder entlassen werden.
4. Bei Fragen der Verbesserung von Beamten in
höhere und leitende Stellen darf nur das Interesse
des Dienstes obwalten, das politische Meinungs des
Einzelnen darf hierbei, wie überhaupt auf die Stellung
des Beamten, keinen Einfluß haben.
5. Die Gehälter müssen mindestens nach Maßgabe
der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen weiter gezahlt
werden, das gleiche gilt von den Ruhegehältern und
Unterstützungsbeträgen.
6. Die Steuerumlagen, die den Beamten viel
zu spät gebührt wurden und gänzlich unzulänglich sind,
müssen beträchtlich erhöht werden, um der großen Not
und der Verunsicherung zu steuern, die in einer großen
Zahl von Familien der Beamtschaft um sich gegrif-
fen haben.
7. Die bisherigen Bestimmungen des Beamtenrechtes
müssen zum Nachteil der Beamtschaft nicht geändert
werden. Es ist vielmehr baldmöglichst auf eine neu-
gesetzliche Regelung der Beamtenrechte hinzuwirken un-

ter Eingeladung von gewählten Vertretern der Be-
amtschaft.

Auf den gleichen Boden wie dieses Chemnitzer Pro-
gramm stellt sich die Beamtenvereinigung für Aue und
Umgebung. — Hiernach wurden Fragen des Vereins-
Steuerbeitrags behandelt und auf eine Anfrage hin be-
kannt gegeben, daß die Vereinigung dauernd bel-
halten werden soll; Privatbeamte können in ihr
nicht Aufnahme finden wegen der Verschiedenheit in
den Anstellungen, Besoldungen und Versorgungsverhält-
nissen. Wohl aber wurde ein gemeinsames Vorgehen
mit den Privatbeamtenvereinigungen bei Wahlen usw.
für wünschenswert erklärt. Eine längere Aussprache
müßte sich sodann an den zum Ausdruck gebrachten
Wunsch, den Prosa der Vereinigung mit einigen Wor-
ten kurz festzulegen. Es geschah das durch Annahme
folgenden Vorschlages:

Die Vereinigung bezweckt die Sicherung der
rechtlich-öffentlichen Stellung seiner Mitglieder, so-
wie die Sicherung und Hebung ihrer wirtschaftlichen
Lage.

Diese Festlegung soll die Spitze der Satzungen der
Vereinigung bilden. Darnach wurde die

Wahl des Gesamtvorstandes
vorgenommen, und zwar wurde gewählt als

1. Vorsitzender: Realshuloberlehrer Heß.
 2. Vorsitzender: Stadtkassierer Kühn.
 1. Schriftführer: Kassenregistrator Bruner.
 2. Schriftführer: Bürgerschullehrer Wolf.
 1. Kassierer: Steuereinnahmer Meibe.
 2. Kassierer: Eisenbahnassistent Schaubener.
- Die Wahl der Beisitzer usw. wird später erfolgen.
Mit den besten Wünschen für den Verein schloß Herr
Realshuloberlehrer Heß die Versammlung. H.

Letzte Drahtnachrichten.

Lebensmittel für Deutschland.

Berlin, 1. Dezember. Die amerikanische Regierung hat,
wie Times aus New York erfährt, 22 ehemals deutsche Handels-
schiffe gemietet, welche Rohungsmittel nach Deutschland
überbringen werden. Die Versorgung wird aber nach einer
Mitteilung Senats im Senat erst beschlossen, nachdem in
Deutschland die Wahlen für die Nationalversammlung
stattgefunden haben. Die Volkszeitung fragt: Soll es
angesehnt dieser neuesten Erklärung Senats nicht möglich
sein, die Wahl zur Nationalversammlung noch jetzt auf einen
früheren Termin zu verlegen?

Unsere Feinde in deutschen Städten.

Berlin, 2. Dezember. Gestern Nachmittag ist Wache
von zwei Regimentern baltischer Kavallerie besetzt
worden, die mit Hörnerklängen vor das Rathaus zogen
und dort Aufstellung nahmen. Es wurde sofort die be-
stimmte Zeit eingehalten und ferner bestimmt, daß alle
Lokal um 8 Uhr abends geschlossen werden müssen. Nach
dieser Zeit darf sich niemand mehr auf der Straße bilden
lassen. Einem Mitglied des Soldatenrates, das vom
baltischen Kommandanten empfangen werden wollte, ließ
derselbe erklären, daß der Soldatenrat abgesetzt sei, und
daß von nun an in Wachen nur noch der Oberbürgermeister
als Autorität anerkannt werde. Die Zeitungen dürfen
während zwei Tagen nicht erscheinen, sie werden dann einer
strengen Zensur unterworfen; jede Kritik an den Wä-
hungen der Entente ist verboten. (H)

Eine Rede Eberts.

Die künftigen Aufgaben der deutschen Republik.

Berlin, 1. November. Im großen Saal des Rheingold
 fand heute Mittag eine von der Berliner sozialdemo-
kratischen Parteiorganisation veranstaltete, von
ungefähr 2000 Personen besuchte Kundgebung für die Sozial-
demokratie statt, in welcher Ebert u. a. folgendes aus-
führte: Die große deutsche Revolution wird keine neue
Diktatur, keine Anarchik über Deutschland bringen, sondern
die deutsche Freiheit fest begründen. Die junge
deutsche Republik soll auf Recht und Vernunft aufgebaut
sein. Die konstitutionelle Verfassung wird die deutsche
Nation, die jetzt auseinanderzufallen droht, wieder
fest zusammenfassen. Nicht Separatismus, sondern eine
einheitliche Zusammenfassung aller schaffenden Kräfte
des ganzen deutschen Volkes zu tatkräftiger Arbeit, ist das
Gebot der Stunde. Hier liegt die grundlegende Aufgabe
der Nationalversammlung, von der wir den end-
gültigen Frieden erwarten. Um die sozialen Erfolge
der Revolution brauchen die Arbeiter nicht besorgt zu sein.
Der Kapitalistenprofit wird erfaßt werden, und wir
erstreben möglichst völlige Beseitigung des arbeitslosen
Stimmens. Die Kriegsgewinne müssen restlos einge-
zogen, die Erbschaftsteuer verschärft und das Erb-
recht der Republik geschaffen werden. Soll die Repu-
lik und ihr Sieg gesichert werden, dann muß jede
politische Ausschüttel auf das Entschiedenste bekämpft
werden. Auch der zweite Referent, Otto Braun, bekannte
sich zum Ausbau und zur Festigung der sozialen Politik auf
demokratischer Grundlage und zu einer entscheidenden Kamp-
fange gegen bolschewistische Methoden. Im Vor-
trage der preussischen Regierung werde ein Gesetzentwurf
ausgearbeitet, welcher dem Staat das Vorkaufsrecht
an Grundstücken sichere. Die See- und Meerländer, wo-
non es in Deutschland über 2 Millionen ha gebe, sollen
in Kulturland umgearbeitet werden. Die Resolution, wonach
der Beschluß der Reichsregierung, die Wahl zur Nationalver-
sammlung schon im Februar stattfinden zu lassen, einstimmig
begrüßt wird, gelangte zur einstimmigen Annahme.

Deutsche Sprache der Engländer.

Genä, 1. Dezember. Weltlich News schreibt: Wenn die
bolschewistische Gefahr in Deutschland wirklich besteht
und von der deutschen Regierung nicht unterdrückt werden
kann, so muß ihr die Entente durch völlige Befreiung
Deutschlands begegnen. Wie eine glatte Schlinge wird
Deutschland jetzt herumgeführt werden, wenn ihm jeder Giftgahn

ausgesogen ist. Denn der Giftgahn des Bolschewismus ist
nicht weniger tödlich als der des Militarismus.

Gegen die rote Fahne.

Streußner, 1. Dezember. Zu ersten gegenrevolutionären
Ausschreitungen kam es hier anlässlich der Tatsache, daß der
Arbeiter- und Soldatenrat am Stadthause neben den National-
fahnen auch die rote Fahne gehißt hatte. Nachdem
diese schon einmal vor einigen Tagen durch einen Offizier
herabgeholt worden war, wurde sie am Sonnabend nach-
mittag wiederum, und zwar auf Befehl eines Offiziers von
mehreren Mannschaften gewaltam herabgeholt und
vor dem Stadthause in Anwesenheit des dem Durchmarsch
gehenden Publikums verbrannt. Nachdem die Fahne durch
eine rote ersetzt worden war, kam es am Sonntag Vor-
mittag zu ernsthaften Ausschreitungen. Auf das Ersuchen
einer Abordnung, mit Rücksicht auf den Fremdenverkehr und
um Blutvergießen zu vermeiden, beschloß der Ar-
beiter- und Soldatenrat, von dem Hisen der roten Fahne
vorläufig Abstand zu nehmen. Wie festgestellt ist,
können diese Ausschreitungen nicht als Stimmungsausdruck
der Fronttruppen betrachtet werden.

Die Trennung von Kirche und Staat.

Berlin, 1. Dez. Der preussische Minister für Wissen-
schaft, Kunst und Volksbildung Adolf Hoffmann hat
auf eine an Herrn Ebert gerichtete Zuschrift vom 25. Nov.
über die Entschließung einer Versammlung von Vertrauens-
männern der Zentrumsparthei des Reichstagswahlkreises Dort-
mund-Hörde vom 25. November u. a. erwidert, auch von
den neuen Männern denke niemand daran, die religiöse und
Gewissensfreiheit anzutasten. Das Erziehungsrecht der Eltern
soll ungeschmälert bleiben. Deshalb sollten die Eltern das
Recht haben, ihre Kinder von Angestellten derjenigen Kirche,
wofür sie selbst angehören, in ihrem Glauben erziehen zu
lassen. Dem Christentum werde volle Freiheit und Gleich-
berechtigung nach jeder Richtung hin gewährleistet. Hin-
sichtlich der Trennung von Staat und Kirche sei es selbst-
verständlich, daß an dem Etat, der bis zum 1. April 1919
laufe, nichts geändert werde. Sollte die Trennung bis
dahin vollzogen werden, so werde ein stoffwechsel Abbau
der Bezüge der Kirche in einer Weise vorgenommen werden,
der keinerlei soziale Härten, besonders gegen Arme Ge-
meinden, mit sich bringe.

Wichtige Beratungen in London.

London, 1. Dezember. (Kont.) Hoß, Clemens,
Orlando und Sonnino kamen heute in London an.
(Die Vertreter Frankreichs und Italiens kamen zu
den Vorbesprechungen über die Friedenskonferenz nach
London.)

Wilson und der Friedenskongreß.

Washington, 1. Dez. (Kont.) Wilsons Adresse
an den Kongreß wird wahrscheinlich die Richtlinien für die
Friedensvorschläge für die Pariser Konferenz be-
stimmend. Der Republikaner Cummins wird im Senat
einen Antrag einbringen, daß 4 republikanische und demo-
kratische Senatoren nach Paris zur Friedenskonferenz gehen
sollen nicht als Abgeordnete, sondern als Vertreter des
Senates. Wilson wird wahrscheinlich am Dienstag nach-
mittag nach Europa abreisen.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Arbeitgeber im Bereiche des XIX. Armeekorps
werden angewiesen, bei

Bedarf von Arbeitskräften

die Karte Nr. 3 zum Ausfüllen vom Arbeitsnachweise ihres
Bezirks zu belegen.

Leipzig, den 29. November 1918.

Im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates XIX. A. R.

Die Kriegsamtsstelle Leipzig.

Platz. Weidert.

Gemäß § 6 Absatz 1 der Bekanntmachung des Be-
zirksverbandes, Lebensmittelkarten und Gastmarken betr.
vom 1. Juni 1917 in der Fassung vom 24. September
und 13. Dezember 1917 wird folgendes bekanntgegeben:
Auf die für die Woche vom 9. bis 15. Dezember
gültigen Marken der Bezirkslebensmittelkarten werden im
Laufe der Woche durch die Händler Lebensmittel der nach-
genannten Art und Menge ausgegeben werden:
Marke P 1 für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre (violetter
Druck): 125 g Safenährmittel und
1 Packchen Milchschokolade,
Marke P 1 für Kinder im 3. und 4. Lebensjahre (roter
Druck): 125 g Safenährmittel und
1 Packchen Milchschokolade,
Marke P 1 (schwarzer Druck): 100 g Worgentrant und
50 g Reis,
Marke P 2 125 g Kaffee-Erfaß,
Marke P 3 150 g Wärmelabe,
Marke P 4 60 g Mitter,
Marke P 5 125 g Fisch in frischem, mariniertem oder ge-
trocknetem Zustande oder 1 Ei, soweit vorhanden,
Sollte infolge von Transportschwierigkeiten in ein-
zelnen Gemeinden die Abgabe der vorstehend genannten
Lebensmittel nicht oder nicht in vollem Umfange möglich
sein, so wird später ein Ausgleich erfolgen.
Schwarzenberg, den 30. November 1918.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg
Dr. Wimmer.

Der Arbeiter- und Soldatenrat
der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg,
Oskar Schied.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt:
Hans Erdmann. — Druck und Verlag:
Auer-Druck- u. Verlagsanstalt m. B. & Co.